



BUNDESPRÄSIDENTIALAMT

**Die Rede im Internet:
www.bundespraesident.de**

Seite 1 von 10

**Bundespräsident Joachim Gauck
beim Festakt anlässlich 125 Jahre
Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie
am 18. September 2015
in Berlin**

Einen schönen guten Tag! Es ist wirklich ein schöner Tag, wenn ich Sie besuchen kann, und bevor ich zu meinem Redetext komme, möchte ich etwas verbinden, was die Bürger, den Präsidenten und unser Land gerade in diesen Tagen betrifft. Es ist nicht nur die Flüchtlingsfrage, dazu komme ich später. Aber wir feiern ja in wenigen Tagen, dass wir 25 Jahre wiedervereint sind. Das erinnert uns auch daran, dass wir zwei ganz unterschiedliche, eigentlich drei ganz unterschiedliche Gewerkschaftstraditionen haben – eine freiheitliche und zwei unfreiheitliche. Wenn ich heutzutage einen Gewerkschaftstag oder auch ein Gewerkschaftsjubiläum besuche, dann habe ich immer das Gefühl: Endlich ist es wieder so, dass man eine Gewerkschaft wirklich eine Gewerkschaft nennen kann. Denn in den Diktaturen des Nationalsozialismus und des Kommunismus waren die Gewerkschaften ihrer Freiheit beraubt. Deshalb bringe ich zu Ihrer Festveranstaltung sehr intensive Bürgergefühle der Freude mit.

Das geht mir übrigens auch so, wenn ich in ein mittelständiges Unternehmen gehe und mir überlege, wie zum Beispiel Sachsen ausgesehen hat, bevor die ganze mittelständige Unternehmenskultur durch den Kommunismus ruiniert war. Und wenn man zwei Dinge gleichzeitig ruiniert, und drittens noch den Bürgern die Freiheit nimmt zu wählen und selbstbestimmt zu agieren, dann verschwindet die Fähigkeit, Unternehmer zu sein, eigenverantwortlicher Gewerkschafter zu sein – das ist auch ein kultureller Verlust. Deshalb also bringe ich zu Ihrem Jubiläum meine Bürgerfreude mit und kombiniere sie mit meiner Präsidentenfreude und meinen Präsidentenglückwünschen.

Ein Jubiläumstag wie der heutige, das ist natürlich ein guter Tag, und natürlich komme ich gerne zu diesem Fest. Wir feiern auch mehr als einen stolzen 125. Geburtstag, das haben Sie eben gespürt, als sich die „Gesichter der IG BCE“ vorstellten. Da haben wir die Themenbreite

ANSCHRIFT	Bundespräsidialamt 11010 Berlin
TEL / FAX	030 2000-2021/-1926
E-MAIL	presse@bpra.bund.de
INTERNET	www.bundespraesident.de

und Themenvielfalt Ihrer Gewerkschaftsarbeit gesehen. Also was feiern wir: die kraftvolle Vielfalt einer starken Interessengemeinschaft. Gemeinsam setzen Sie sich ein für sichere Arbeitsplätze, für die Teilhabe der Beschäftigten an Wachstum und Wohlstand, für eine Gesellschaft, die wirtschaftlichen Erfolg und sozialen Fortschritt miteinander verbindet. Das Fundament Ihres Erfolgs, das ist unsere Soziale Marktwirtschaft und damit auch unsere spezielle Form der Sozialpartnerschaft. Die gemeinsame Suche nach einem Kompromiss und das Bewusstsein einer gemeinsamen Verantwortung für die Wirtschaft und für die Gesellschaft, das hat unserem Land Wohlstand und sozialen Frieden beschert. Und das ist auch ein kostbares Exportgut, das müssen wir uns manchmal bewusst machen. Es sind nicht nur die Produkte, die Sie und die unsere Unternehmen schaffen. Die Sozialpartnerschaft ist eine ganze bestimmte Kultur, die alle Beteiligten miteinander gestaltet haben.

Ihre Gewerkschaft versteht sich heute unter anderem als „Garant und Unterstützer erfolgreicher Unternehmen“. Was hat sich da für ein erstaunlicher Wandel in der Arbeitswelt vollzogen. Dieses kooperative Selbstverständnis ist nicht nur eine Phrase, es hat seinen Sitz mitten in unserem politischen und ökonomischen Leben. Welch ein Gegensatz ist das zu der einstigen harten Konfrontation zwischen Arbeit und Kapital.

Herr Hoffmann, Herr Vassiliadis, wir sind gelegentlich zusammen auf Reisen in andere Länder, und da gibt es durchaus andere Ansätze: Konzepte des Gegeneinanders, wo Gewerkschaften harte Kämpfe ausfechten. Ich könnte sagen, jedes Mal haben wir uns angeschaut und gesagt: Unsere Konzeption der Sozialpartnerschaft hat den arbeitenden Menschen bei uns im Land aber nicht weniger, sondern mehr gebracht. Und deshalb können wir unsere Kultur des Miteinanders und der Kompromisse als einen Gewinn ansehen. Natürlich war es nicht immer so, dass es diese Konsenskultur gab. Es gab auch Zeiten, in denen gekämpft werden musste, in denen harte Klassengegensätze tatsächlich existierten. In solchen Fällen muss man kämpfen. Und man kann nur kämpfen, wenn man sich solidarisch verbindet. Darum denken wir in dieser Stunde auch an die Kämpfe Ihrer Vorgänger, die sich als Bergleute, Fabrikarbeiter oder Handwerker zusammengeschlossen haben, um sich existenzieller Not zu erwehren. Immer aber ging es auch schon um mehr. Was die frühen Gewerkschafter – ich nenne Otto Hue vom „Alten Verband“ oder August Brey, den langjährigen Vorsitzenden des „Verbandes der Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter Deutschlands“ – was diese Vorkämpfer zugleich antrieb, war ihre Entschlossenheit, die bedingungslose Abhängigkeit, ja geradezu Untertänigkeit der Arbeiter zu überwinden.

Nicht nur Fabrikanten und Kaufleute, auch der Staat stellte sich gegen die Gewerkschaftsbewegung, weil die Machthaber ihre eigenen Herrschaftsansprüche durch dieses Aufbegehren der Arbeiter, durch

das Einfordern von Rechten gefährdet sahen. Staatliche Repressionen gingen Hand in Hand mit politischen Initiativen, um der Arbeiterbewegung den Wind aus den Segeln zu nehmen. Aber was Politik, Fabrikanten und Kaufleute auch unternahmen, immerfort gewannen die Gewerkschaften an Stärke und Einfluss.

An eine wesentliche Weichenstellung will ich aus gegebenem Anlass erinnern, an das Stinnes-Legien-Abkommen von 1918, die Kooperationsvereinbarung zwischen Unternehmern und Gewerkschaften, die den Weg ebnete zu dem, was heute unsere Sozialpartnerschaft darstellt. Doch dieser Weg wurde verschüttet durch die Machtübernahme der Nationalsozialisten und die Zerschlagung der Gewerkschaften. Wir haben die Namen von Gewerkschaftsführern, die von den Nationalsozialisten ermordet wurden, vorhin gehört. Es sind Namen, die wir nicht vergessen sollten, die unsere Schülerinnen und Schüler in den Schulen eigentlich auch lernen sollten. Und wir erinnern uns, dass Freiheit und Autonomie, die Freiheit auch von Gewerkschaften, eben nicht selbstverständlich ist, dass Menschen sogar für diese Freiheit gestorben sind.

So war dann alles, was vorher gewachsen war, auch der Stinnes-Legien-Pakt mit der Herrschaft der Nationalsozialisten obsolet. Aber die Erinnerung an den Pakt ging nicht verloren. Nach dem Ende der Nazi-Barbarei, da gab es mit dem Neuaufbau im Westen auch eine Wiederentdeckung dieses Weges der Kooperation zwischen Unternehmern und Gewerkschaften. Dieser Pfad wurde wieder freigelegt, und er wurde kräftig ausgebaut. So konnte sich die Kompromisskultur der Sozialpartnerschaft zu einem Pfeiler unserer Wirtschaftskultur entwickeln. Auch die IG BCE und ihre Vorgänger-Gewerkschaften, die dann 1997 fusionierten, haben den längsten Teil ihrer Geschichte als freie Gewerkschaften in der Sozialen Marktwirtschaft zurückgelegt. Im Osten Deutschlands, dort führte der sogenannte Freie Deutsche Gewerkschaftsbund die Freiheit nur im Namen, hauptsächlich war der FDGB Teil des Machtapparates der Einheitspartei SED. Wo die Machthaber keine freie Gesellschaft duldeten, konnten sie natürlich auch keine freien Gewerkschaften dulden.

Heute nun steht die Gewerkschaftsbewegung vor neuen Herausforderungen: Vieles, was uns unverrückbar erschien, verändert sich und zwar mit großer Geschwindigkeit. Der weltweite Wettbewerb um Ideen, um Märkte oder Produktionskosten zwingt Unternehmen und Arbeitnehmer, flexibel zu reagieren. Hinzu kommt der demographische Wandel, der unser Bild von einer festen Lebensstreppe mit den Stufen „Ausbildung“ – „Erwerbsleben“ – „Ruhestand“ infrage stellt. Und der technologische Fortschritt macht Bildung zur Lebensaufgabe. Für die Sozialpartnerschaft, für die Sozialpartner bedeutet das: Auch sie müssen beweglich bleiben.

Ich möchte Sie deshalb ausdrücklich bestärken: Rüsten Sie die Sozialpartnerschaft für die Zukunft! Begonnen haben Sie damit in der IG BCE ja bereits. Ich denke dabei an die Dialogforen, die Sie gemeinsam mit den Arbeitgebern geschaffen haben, an den „Wittenberg-Prozess“ zum verantwortlichen Handeln in der Marktwirtschaft oder auch an „Chemie hoch 3“ zum Thema Nachhaltigkeit. Die kontinuierliche gemeinsame Suche nach den besten Lösungen, dieses Leitmotiv der Sozialpartnerschaft, wir werden es auch in Zukunft brauchen.

Die IG BCE hat in den 125 Jahren ihrer Geschichte immer wieder Weitblick und Flexibilität bewiesen, wenn es darum ging, auf Umbrüche zu reagieren. Auch die eigenen Strukturen haben Sie im Zeichen der politischen und wirtschaftlichen Wandlungsprozesse stets aufs Neue verändert und angepasst. Das war wahrlich nicht leicht. Ich erinnere mich an die Fahnen, die im Ruhrgebiet getragen wurden, in den Zeiten des Strukturwandels. Es handelte sich um schwarze Fahnen – ein Ausdruck von Trost und Hoffnungslosigkeit. Aber Sie haben, auch im Zusammenwirken mit der Politik, dafür gesorgt, dass sich die Beschäftigten nicht in diese Trost- und Hoffnungslosigkeit ergeben haben. Ihre Gewerkschaft hat neue Lösungen mitentwickelt. Und diese Veränderungsbereitschaft, die die IG BCE auszeichnet, die möchte ich zum Anlass nehmen, Sie, liebe Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, als Mitstreiter und Mutmacher zu gewinnen, für die Aufgaben, die in der Zukunft noch zu lösen sind.

Ich möchte dafür werben, dass wir in unserem Land den Veränderungen, die auf uns warten, offener und offensiver begegnen. Mehr Aufgeschlossenheit gegenüber dem Wandel, das ist es, was ich mir – eigentlich von allen in Deutschland – wünsche und wofür ich Sie um Unterstützung bitte. Ich zitiere an dieser Stelle Franz von Baader. Er war nicht nur Philosoph, sondern auch Bergbauingenieur und Sozialreformer, ein Mann aus Ihren Reihen, könnte man sagen. Franz von Baader schrieb: „Alles Leben steht unter dem Paradox, daß, wenn es beim Alten bleiben soll, es nicht beim Alten bleiben darf.“ Dieses Paradox, so ist mein Eindruck, das macht uns auch heute wieder zu schaffen.

Es geht uns gut, jedenfalls einer breiten Mehrheit der Bevölkerung geht es in unserem Land so gut wie nie zuvor. Auch die Schulden- und Finanzkrise hat das Land besser überstanden als viele andere Staaten, und das nicht zuletzt dank einer funktionierenden Sozialpartnerschaft, etwa bei den Regelungen zur Kurzarbeit. So macht sich leicht das Gefühl breit: hat gut funktioniert – warum sollen wir was ändern? Franz von Baader gibt die Antwort: Wir können das Erreichte nur bewahren, wenn wir bereit sind für Veränderungen, für neue Ideen, für neue Lösungen, kurzum für Innovation.

Deutschland gehört zwar nach wie vor zur Gruppe der innovationsstärksten Staaten. Aber das Bild ist nicht ungetrübt: Sorge bereitet mir, dass die Innovationskraft des Mittelstandes, der doch das Rückgrat unserer Wirtschaft ist, nachlässt. Fachleute mahnen überdies – und sie zielen damit auch auf die öffentliche Hand –, Deutschland müsse sich insgesamt ehrgeizigere Ziele für Investitionen und Forschung setzen. Zu denken gibt mir auch, wenn selbst Manager der deutschen Industrie selbstkritisch feststellen, nur in einem Bruchteil der Firmen gebe es „sehr stark ausgeprägten“ Unternehmertum. Unsere Innovationskraft werden wir nur bewahren und weiter stärken können durch Mut zum Risiko. Sie wissen aber, dass bei vielen unserer Landsleute die Neigung zur Furcht größer ist als die Neigung zum Mut. Und deshalb müssen die Menschen, die positive Gestaltungserfahrung haben, die also wissen, dass Mut geht, sie müssen vorangehen. Entschlossenheit heißt auch, Neues ausprobieren zu wollen.

Nun ändert sich aber vieles so schnell, dass manchen ein tiefes Unbehagen beschleicht. Eine klassische Formulierung wie die von Schumpeter, der „ewige Sturm schöpferischer Zerstörung“, die liest sich ja in einem Buch ganz interessant, aber wenn dieses Szenario mitten im Leben der Menschen aufscheint, dann löst es auch Angst aus. Manche fühlen sich dann ohnmächtig angesichts des empfundenen Kontrollverlustes. So kann technischer Fortschritt auch Abwehrreaktionen hervorrufen. Das hat er seit jeher getan, etwa wenn wir an die Kommunikationstechnologie denken. Als der britische Staatsmann Lord Palmerston um 1860 das erste Telegramm in den Händen hielt, soll er prophezeit haben: „My God, this is the end of diplomacy!“ Er sah das Ende der Diplomatie, weil nicht mehr von Mund zu Mund, von Angesicht zu Angesicht kommuniziert werden würde. Die nächste Erfindung war die des Telefons. Von „verruhter Technologie“ schrieb die amerikanische Zeitung „New York Times“ und fragte ihre Leser 1877, welcher Nutzen darin liege, „wenn ein Mensch in New York dank des Telefons hören kann, was ein anderer Mensch in Philadelphia zu sagen hat“. Ja unvorstellbar, dass das Nutzen sein soll!

Mit dem Fortschritt ist es also so eine Sache. Wir erwarten ihn, und wenn er dann kommt, fürchten wir ihn auch. Wie man Fortschritt gestaltet, darüber muss man immer wieder streiten, aber im konstruktiven Sinn. Noch nie gab es ein Zeitalter, das so viele technische und wissenschaftliche Möglichkeiten für Innovation bot wie dieses. Solchen Möglichkeiten zu entsagen, um den Fortschritt im Rückzug zu suchen, das hilft uns nicht weiter. Denn wir leben nicht – und jetzt benutze ich Ihre Worte, sehr geehrter Herr Vassiliadis – „wir leben nicht auf einer Insel der Glückseligen“.

Unsere Wirtschaft kann sich im internationalen Wettbewerb nur behaupten, wenn wir als Gesellschaft Fortschritt nicht als Kampfansage missverstehen und nicht das Verhindern zur Maxime erheben. Und wir sollten uns immer wieder klar machen, wir befinden uns nicht nur im

Wettbewerb mit unseren europäischen Nachbarn und Freunden, sondern in einem globalen Wettbewerb. Der zwingt uns dann manchmal, noch größere Veränderungsbereitschaft an den Tag zu legen. Dabei sollten wir nicht vergessen: Wir leben heute länger, wir sind auch gesünder und mobiler als je zuvor, und die Arbeitsbedingungen hierzulande haben sich seit den Anfängen Ihrer Gewerkschaft ja ganz enorm verbessert. Das sind alles Fortschritte, die ich mir durchaus auch für die Beschäftigten in anderen Ländern der Welt wünsche.

Lassen Sie mich dazu den Philosophen Hermann Lübbe zitieren: „Innovation ist eine Bedingung der Selbsterhaltung unserer Spezies im Verlauf der Evolution“, schreibt er. Er beschreibt also das Stichwort Innovation als ein prägendes Prinzip der ganzen Menschheitsentwicklung. Und mit diesem Hinweis auf eine lange Evolutionsgeschichte erinnert Hermann Lübbe uns auch daran: So schnell und so einfach funktioniert es mit der Innovation meist nicht. Es ist nicht so, dass jemand ausruft: „Heureka!“ – und dann ist der zündende Einfall da und alles ist geritzt. Wir wollen ja auch, dass so ein Geistesblitz tatsächlich wirksam wird, dass so ein Funke überspringt. Man kann es auch akademischer formulieren: Innovation ist ein sozialer Prozess, ein „kollektives Konstrukt“. Das muss man sich immer wieder klar machen, um die eigene Rolle auch über die betrieblichen Erfordernisse, über Schutzprogramme und Ähnliches hinaus zu definieren.

Und ich freue mich, heute, an Ihrem Jubiläumstag Ihre Erfahrungen, die Sie auf diesem Gebiet gesammelt haben, zu loben. Für den sozialen Prozess der Innovation braucht man natürlich viele Menschen, die sich anstrengen, die Tüftler sind, Forscher, Unternehmer, Mitarbeiter. Und dann brauchen wir eine Politik, die innovationsfreundliche Rahmenbedingungen schafft. So kann es ratsam sein, technische und ökonomische Neuerungen sozial zu flankieren. Insgesamt ist uns das – auch mit Hilfe der Gewerkschaften – ganz gut gelungen. Aber es bleibt eine fortdauernde Aufgabe, in der Gesellschaft für Innovationen zu werben. Immer wieder hat sich gezeigt: Fortschrittsprozesse sind zugleich auch Überzeugungsprozesse. Ängsten wirksam zu begegnen und Gefahren zu begrenzen – auch das erfordert fortschrittliches Denken.

Ich will jetzt keine einzelnen Beispiele nennen. Herr Vassiliadis, wir haben uns zum Beispiel über Technologien unterhalten, die Tüftler, Forscher mit Innovationsgeist entwickelt haben, und die an der Furcht von Menschen gescheitert sind. Die Innovationen sind jetzt irgendwo in einem anderen Land und werden dort angewandt. Was wir brauchen, ist also ein Einstellungswandel, und dafür brauchen wir Sie, die Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, wir brauchen Sie als Initiatoren, wir brauchen Sie als Begleiter, wir brauchen Sie auch als Netzwerker für Innovationen!

Ich begrüße es deshalb ausdrücklich, Herr Vassiliadis, dass Sie und Ihre Gewerkschaft das Thema Innovationsfähigkeit immer wieder aufgreifen und dass Sie gemeinsam mit Unternehmensvertretern und Betriebsräten Ideen zur Innovationsförderung vorantreiben. Neue Lösungsmöglichkeiten kommen schneller, wenn wir zusammenwirken. Und oft sind es doch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die im Unternehmen auf Schwachstellen oder auf Optionen effizienterer Produktion stoßen. Nutzen wir also das Wissen dieser Menschen an der Basis und lassen wir uns dabei von Betrieben und Belegschaften inspirieren – etwa durch Mitarbeiterwettbewerbe wie die Aktion „Energiefuchse gesucht“. Insgesamt 360 Ideen zum Energiesparen kamen dabei zusammen – Vorschläge, die einem Chemie-Dienstleister dabei geholfen haben, seinen Kohlendioxidausstoß erheblich zu reduzieren. Es kann sich also durchaus rechnen, wenn die Beschäftigten sich mobilisieren lassen und mobilisiert sind für Innovationsvorhaben.

Innovatives Denken brauchen wir auch angesichts der Herausforderungen, vor denen wir als Gesellschaft wegen des demographischen Wandels stehen. Wir leben nun einmal in einer alternden Gesellschaft, das hat sich herumgesprochen. Aber wir reagieren noch zu zögerlich. Damit künftig mehr Menschen länger im Berufsleben bleiben können, wenn sie es wollen, brauchen wir einen veränderten Umgang mit Arbeitszeiten in der letzten Berufsphase. Gemeinsam mit den Arbeitgebern hat Ihre Gewerkschaft da schon Pionierarbeit geleistet. Demographie-Tarifverträge und der Demographie-Fonds weisen den Weg, nein sie weisen sogar verschiedene Wege, wie sich der Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand gestalten lässt. Wichtig ist doch, die individuellen Bedürfnisse zu kennen, etwa den Wunsch, auch im Ruhestandsalter Wissen weiterzugeben und aktiv zu sein. Wenn das geschieht, dann profitieren wir alle: die Älteren, auch die jungen Mitarbeiter und das Unternehmen als Ganzes.

Aber wir müssen natürlich weit vor dem Ruhestand ansetzen. Ein längeres, produktives Arbeiten erfordert lebenslanges Lernen. Aber zu oft dominiert noch das überholte Denkmuster, leider auch bei vielen Beschäftigten selbst, Weiterbildung lohne sich nur in jungen Jahren. Dabei wissen wir aus der Altersforschung, dass unsere persönliche Weiterentwicklung nicht an ein bestimmtes Lebensalter gebunden ist. Das kann ich aus eigener Erfahrung bezeugen. Deshalb darf ich durchaus sagen: Wir brauchen ein neues Bild vom Alter. Und wir müssen noch energischer den Grauschleier wegputzen, der überholte und stereotype Vorstellungen vom Alter bestimmt. Die vielfältigen Erfahrungen, das Wissen und die Ideen der Älteren, all das gilt es zu nutzen!

Innovatives Denken ist überall dort gefordert, wo große Aufgaben auf uns warten. Und natürlich kann ich in einer Zeit wie dieser vor der

nächsten Herausforderung nicht die Augen verschließen. Zahlreiche Flüchtlinge kommen zu uns, viel mehr als wir erwartet haben. Ich bin dankbar, dass so viele Bürger in unserem Land, auch so viele Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, sich auf so vielfältige Weise für die Menschen engagieren, die auf der Flucht vor Krieg, Gewalt, Verfolgung und Not zu uns nach Deutschland kommen. Wo Unternehmen Unterkünfte für Flüchtlinge anbieten, wo Betriebe und Gewerkschaften mit Spenden und Sammelaktionen helfen, wo sie Mentoring-Programme und Patenschaften für Flüchtlinge auflegen, da überall sehen wir, wie ernst es der Wirtschaft und den Gewerkschaften ist mit der Übernahme sozialer Verantwortung. Auch die IG BCE engagiert sich ja seit langem auf vielfältige Weise für eine Kultur des Miteinanders und erhebt energisch ihre Stimme gegen Ausgrenzung und Fremdenfeindlichkeit. Besonders freue ich mich darüber, dass auch Ihre morgige Festveranstaltung in Essen ganz im Zeichen von Toleranz und Solidarität mit Flüchtlingen stehen wird. Dafür danke ich Ihnen, und ich bitte Sie: machen Sie weiter so!

Ich will bei dieser Gelegenheit den Bogen noch etwas weiter spannen und die Antirassismus- und Integrationsarbeit der deutschen Gewerkschaften erwähnen. Sie ist seit Jahrzehnten Tradition. Das möchte ich zu diesem Jubiläum voller Dankbarkeit und mit großer Anerkennung betonen – als Bürger wie als Präsident.

Gegenwärtig müssen wir uns darauf vorbereiten, dass viele der Flüchtlinge, die zu uns kommen, lange Zeit bleiben werden. Deshalb ist es wichtig, dass wir Wege schaffen, sie ins Arbeitsleben aufzunehmen. Ich habe mich unter anderem in Unternehmen umgeschaut und dort erfahren, wie erfolgreich und gewinnbringend Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte sein kann. Wir brauchen ja dringend zusätzliche Fachkräfte. Von den Asylbewerbern, die derzeit zu uns kommen, sind viele hoch qualifiziert. Trotzdem stehen sie bei der Suche nach einem Arbeitsplatz oft vor erheblichen Schwierigkeiten. Natürlich, die Sprache, sie ist oft eine Hürde. Dann gibt es aber noch zahlreiche rechtliche Fragen, und es gibt auch bürokratische Hindernisse. Ich weiß, dass zurzeit sehr intensiv daran gearbeitet wird, Lösungen zu finden. Vor allem der rechtliche Status der Neuankömmlinge muss geklärt werden, damit über eine Einstellung entschieden werden kann. Dann gibt es das Problem mit dem Nachweis und der Anerkennung von Qualifikationen. Das ist wahrlich keine leichte Aufgabe und nicht alle Menschen, die zu uns kommen, legen auch die Karten völlig offen. Trotzdem sind viele Unternehmen unterstützt von Gewerkschaften bemüht, Flüchtlinge einzustellen – auch in der klaren Erkenntnis, wer auf der Flucht ist, kann nicht immer einen ganzen Dokumentenkoffer mitbringen. Deshalb sind menschliche und kreative Lösungen gefragt, die den Menschen, die in Not sind, die Integration bei uns zu erleichtern. Allen, die an solchen flexiblen Lösungen mitarbeiten, gilt mein herzlicher Dank, etwa jenen

Unternehmen, die ihr Angebot an Praktikumsplätzen für Asylbewerber erweitert haben. Das ist ein schöner Anfang, aber wir könnten durchaus noch mehr Initiative vertragen.

Der Einstieg in den Arbeitsmarkt ist natürlich besonders für die Menschen schwer, die keine Qualifikationen haben oder eine zu geringe. Ich begrüße es deshalb sehr, dass sich die Sozialpartner der Chemiebranche auf Initiative der IG BCE darauf verständigt haben, ihr Förderprogramm für Schulabgänger, die bislang keinen Ausbildungsplatz gefunden haben, um zusätzliche Plätze für jugendliche Flüchtlinge zu erweitern. Aber den Einstieg ins Berufsleben zu finden, das ist nicht nur für Flüchtlinge ein Problem. Viele, die schon immer hier leben, brechen ihre Ausbildung ab, manchmal aus jugendlichem Leichtsinn, manchmal aus dem Gefühl der Überforderung oder aus anderen Gründen. Irgendwann stehen sie dann vor uns, eigentlich doch mit Gaben, die sie aber selbst noch nicht erkannt haben. Deshalb brauchen wir innovative Bemühungen, diesen jungen Menschen eine zweite und dritte Chance zu geben. Allen, die daran mitwirken, Unternehmen, Gewerkschafter oder auch die Kammern zum Beispiel, spreche ich meine Anerkennung aus. Und da wünsche ich mir noch mehr. Da ist ein Potential, das wir einfach heben müssen.

Wenn wir nun noch einmal an die Flüchtlinge denken, dann stellt sich die Frage: Wie schaffen wir es, dass ihnen der Einstieg in den Arbeitsmarkt gelingt, dass sie auf Dauer Fuß fassen können? Zugleich stellt sich in der Diskussion über rechtliche Veränderungen und Lockerungen aber auch die Frage, welche Regeln und Standards wir als unverzichtbar empfinden? Eine gewachsene Kultur der Verantwortung und Verantwortlichkeit, die wollen wir nicht zur Disposition stellen. Wie also lassen sich die Bemühungen um Erwerbsarbeit für die Flüchtlinge harmonisieren und kombinieren mit Anstrengungen, auch anderen zu helfen, die Arbeit suchen? Wie wird sich die Diskussion um die Gestaltung von Arbeits- und Beschäftigungsverhältnissen entwickeln? Es stellt sich dann auch die Frage nach der Entlohnung. Wie wird die Debatte über gerechte Löhne angesichts all dieser Herausforderungen weitergehen? Das sind einige Fragen, die durchaus noch diskutiert werden müssen und auf die wir dann doch irgendwann Antworten finden müssen.

Sehr geehrter Herr Vassiliadis,

Ihre Gewerkschaft verfügt schon über einen Erfahrungsschatz aus 125 Jahren. Ich darf Sie noch einmal zitieren, Sie haben klar gestellt: „Wir sind nicht 125 Jahre alt, wir sind 125 Jahre jung.“ Wer so energisch auf die Zukunft verweist, hat zweifellos eine Menge Tatendrang und ausreichend Selbstvertrauen, um neue Herausforderungen zu meistern. Und genau dort knüpft nun auch mein Jubiläumswunsch an: Schöpfen Sie aus diesem Reservoir der Innovation und des Fortschritts, über das die IG BCE dank ihrer

erfolgreichen Geschichte und ihrer vielen unterschiedlichen Gesichter verfügt. Und werben Sie in den Betrieben, bei den übrigen Gewerkschaften und gegenüber den Vertretern von Politik und Wirtschaft, aber vor allem auch bei den Bürgern für eine Bereitschaft zum Wandel. Je eher und nachdrücklicher, desto besser für unser ganzes Land, und in diesem Sinne: Glückauf!